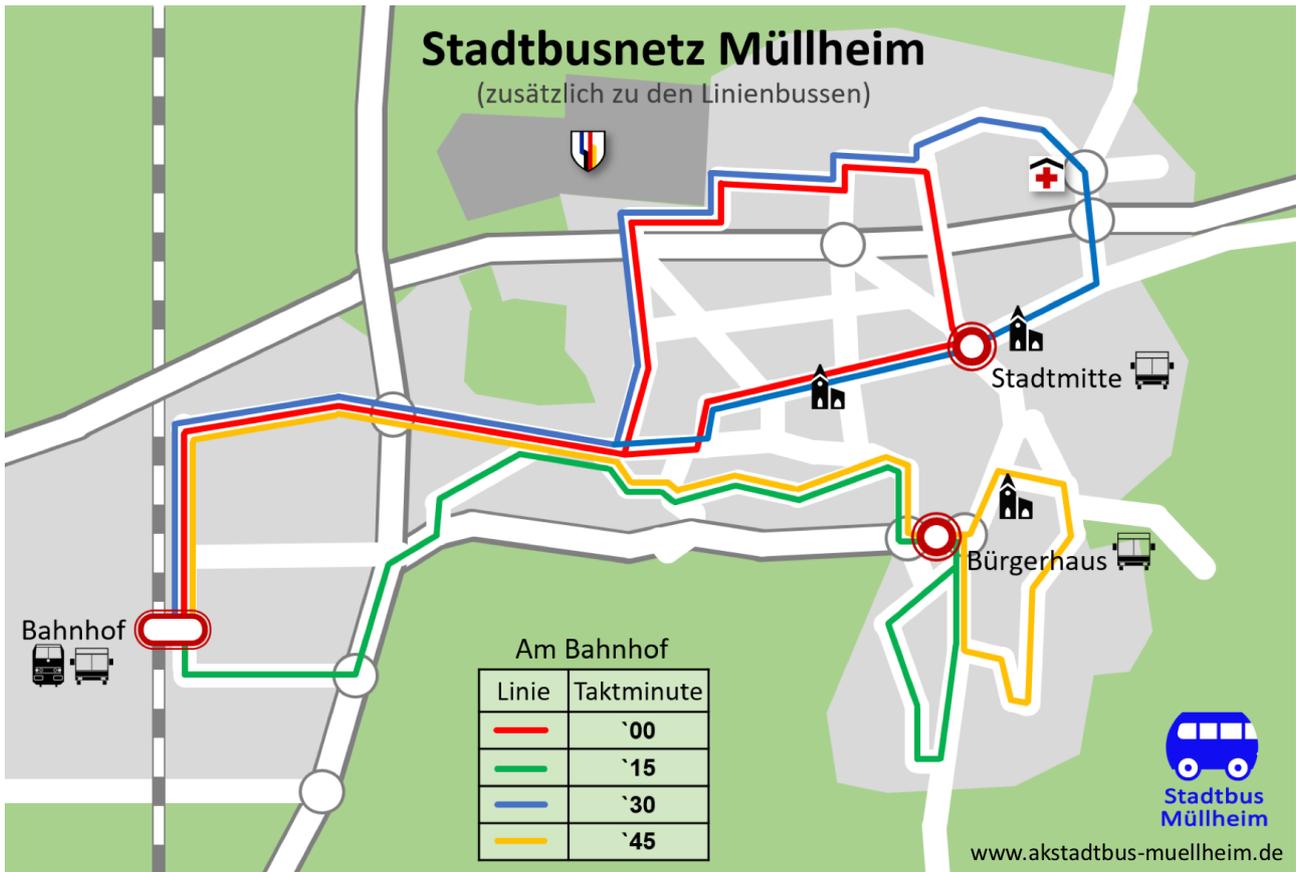


**Arbeitskreis Mobilität - Stadtbus Müllheim**



Stadtbusnetzkonzept des Arbeitskreises Mobilität

**AK Mobilität erwartet in absehbarer Zeit keine Einführung eines Stadtbusses**

Zum Ablauf und zu den Ergebnissen Stadtbus-Diskussion auf der Gemeinderatssitzung am 20.03.2024 nimmt der AK Mobilität Müllheim wie folgt Stellung:

Die Gemeinderatssitzung zeigte deutlich den Erfolg des Einsatzes des Arbeitskreis Mobilität: Das Thema „Einführung eines Stadtbusnetzes“ ist jetzt in Müllheim omnipräsent. Die vielen Besucherinnen und Besucher mit Stadtbusbutton machten klar, dass das Thema so schnell nicht mehr verschwindet.

Die schlussendlich verabschiedete Absichtserklärung, dass „der Gemeinderat eine zusätzliche Verbesserung des Busangebots mit einem Stadtbus anstrebt“, kann allerdings allenfalls als ein erster Schritt in Richtung zur Verbesserung des ÖPNV in Müllheim gewertet werden.

Der Arbeitskreis Mobilität geht jedoch nicht davon aus, dass in absehbarer Zeit in Müllheim ein Stadtbus eingeführt wird. Denn mit der Entscheidung, die Vorbereitungen zur Einführung eines Stadtbusses an den Verkehrsausschuss zu übertragen, hat gleichzeitig die Stadtverwaltung die Kontrolle des weiteren Vorgehens übernommen. Der Bürgermeister hat nun alle Möglichkeiten, darüber zu entscheiden, wie schnell und ausführlich, die von ihm vorsorglich schon mal als äußerst komplex dargestellten Aufgaben zur Einführung eines Stadtbusses abgearbeitet werden.

Zu sehr ähnelt die jetzige Situation der jeweils unter den beiden letzten Bürgermeistern hoffnungsvollen Einrichtung von Ausschüssen zur Verbesserung des ÖPNV, die dann allesamt sang- und klanglos wieder beendet wurden. Oder des vor zwei Jahren einstimmigen Auftrags an die Stadtverwaltung, das Müllheimer Radverkehrskonzept umzusetzen, wovon bis heute noch nichts zu sehen ist.

Sicher ist, dass die Stadtverwaltung jetzt in der Verantwortung steht zu liefern. Der AK wird ihre Leistung dabei genau verfolgen und kommentieren.

Die von Mitgliedern der FWG, CDU und SPD gestellten Fragen offenbarten, dass diese sich inhaltlich nicht mit dem Einwohnerantrag befasst hatten. Durch den von der CDU gestellten Antrag wurde offensichtlich, dass diese Fraktion immer noch nicht die gegenseitige Ergänzung von NVP und Stadtbussystem verstanden hat. Die überörtlichen Buslinien haben die Aufgabe, möglichst zügig die Stadt mit den Ortsteilen und Nachbargemeinden zu verbinden. Die Müllheimer Ortsteile werden künftig schneller und öfter bedient als vorher und sind somit Profiteure des neuen Nahverkehrsplans. Was aber für die Ortsteile zum Vorteil ist, ist für die Kernstadt nachteilig, weshalb genau dort ein Stadtbussystem gebraucht wird.

Der AK bemängelt, dass die zwei essentiellen Prämissen seines Stadtbussystemkonzeptes, nämlich ein 15 Minuten An- und Abfahrtstakt am Bahnhof und die Bedienung sämtlicher Kernstadtteile mit 4 Kleinbuslinien, nicht im Beschluss festgehalten wurden. Es waren genau diese Eckpunkte des Konzeptes, für das sich die 2.900 Bürgerinnen und Bürger des Einwohnerantrags und der Umfrage ausgesprochen haben.

Die Ablehnung des Einwohnerantrags aus angeblich formalen Gründen ist nicht nachvollziehbar und aus der Sicht des AK rechtswidrig. Dass der Bürgermeister einer Sprecherin des EWA zudem untersagte vorzutragen, mit welchen Gründen Fachleute und sogar Gerichtsurteile seine Unzulässigkeitsbegründung widerlegen, sieht der AK als aktiven Versuch, den politischen Meinungsbildungsprozess der Bevölkerung zu verhindern. Dasselbe gilt für die vom Bürgermeister explizit geäußerte Ablehnung der Beteiligung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger am weiteren Prozess. Es sind genau solche Verhaltensweisen von Politikern, die immer mehr Wählerinnen und Wähler in Hände rechtspopulistischer Parteien treiben.